

2026-09-19

DIW-Phantasien versus Realität

Verlorene Vernunft – Propaganda?

Wenn ein Wirtschaftsinstitut phantasiert... Fratzscher warnt vor der AfD und preist Zuwanderung – die Realität zeigt das Gegenteil

Meinrad Müller



Vorab ein Blick nach USA: Dort verlassen Firmen Kalifornien und gehen nach Texas, ins konservative, republikanische Texas. Schnellere Genehmigungen und das Gefühl, Mitarbeiter sicherer unterbringen zu können, sind der Grund. Genau diese Bewegung könnte man in Deutschland erleben – etwa nach Sachsen-Anhalt. Unternehmen siedeln sich dort an, wo die Sicherheit ihrer Belegschaft besser ist.

Welcher Betrieb möchte heute noch freiwillig nach Berlin, wo linke Enteignung droht? Firmen gehen nicht dorthin, wo man Zuwanderung weiter fördert und Risiken schönredet. Marcel Fratzscher behauptet das Gegenteil. Der DIW-Präsident warnt vor einer AfD-Regierung, spricht von „unseriöser Wirtschaftspolitik“, „purer Populismus“ und einem „Vertreibungsprogramm“. Die Politik der AfD werde zu stärkerer Abwanderung von Deutschen und deutschen Unternehmen führen.

Flüchtlinge sorgen angeblich für Wirtschaftswachstum

Deutschland brauche nicht weniger, sondern mehr Zuwanderung, sonst gehe Wohlstand verloren, sagt Fratzscher. Er sollte zuerst seine eigene Bilanz der letzten fünfzehn Jahre vorlegen. 2015 erklärte Fratzscher, ein Flüchtling erwirtschaftete nach fünf bis sieben Jahren mehr, als er den Staat kostete. Sorgen um Kosten seien unbegründet. Die Realität war teurer und härter als diese Prognose. Er will Zuwanderung um jeden Preis, Kritik daran sei bigott oder inkompetent.

Auch bei Geldpolitik lag Fratzscher falsch

Das Problem sei nicht zu viel, sondern zu wenig Inflation, predigte er. 2022 schrieb er noch, die Inflation werde im selben Jahr wieder unter zwei Prozent fallen. Dann die Kehrtwende: Man werde unter der Krise zehn Jahre leiden. Wer so oft die Richtung wechselt, sollte lieber ruhig sein. Beim Euro und bei der Energie gilt dasselbe Muster: Risiken der Abhängigkeit spät oder halbherzig, die eigene Linie moralisch aufgeladen.

Heute rechnet er 690 Milliarden Schaden und Millionen gefährdeter Jobs bei einem EU-Austritt vor. Dieselbe Selbstsicherheit wie damals bei Integration, Inflation und Geldwert. Die Kalifornien-Texas-Analogie zerlegt seine Abwanderungsgeschichte. Zwischen 2018 und 2025 verlegten Hunderte Firmen ihre Zentralen. Dallas-Fort Worth, Austin und Houston gewannen; die Bay Area verlor netto über 160 Firmensitze. Tesla, Chevron, Oracle, Hewlett Packard Enterprise, Charles Schwab, CBRE, SpaceX, X – die Gründe wiederholen sich: Steuern, Regulierung, Genehmigungsstau, Lebenshaltungskosten, öffentliche Ordnung.

Kapital flieht nicht vor „zu wenig Offenheit“

Kapital flieht vor linker Politik. Wer wie er Standortnachteile als Fortschritt verkauft, wird von der Realität eingeholt. Fratzscher dreht Ursache und Wirkung um. Bei ihm vertreibt Härte in Migration und Ordnung die Wirtschaft. In der Praxis ziehen Firmen dorthin, wo ihre Mitarbeiter sicher leben können.

Sachsen-Anhalt ist eindeutig Standortgewinner

Für Unternehmer ist es eine naheliegende Rechnung. Seine Behauptung, Unternehmen würden aus einem restriktiveren Deutschland fliehen, ist widerlegt, weil sie in den USA genau vor dem kalifornischen linken Modell davonlaufen.

[Kleinere redaktionelle Korrekturen. Red.]

Zuvor erschienen auf [MMnews](#), mit freundlicher Genehmigung von Meinrad Müller übernommen.

Meinrad Müller, Unternehmer im Ruhestand, kommentiert mit einem zwinkernden Auge Themen der Innen-, Wirtschafts- und Außenpolitik für Blogs in Deutschland. Seine humorvollen und satirischen Taschenbücher sind auf [Amazon](#) zu finden.